

Simon Untergruber

**Grenzen der Informationsfreiheit des Bürgers
nach dem Informationsfreiheitsrecht
im Polizeirecht**



Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

Band 851



Zugl.: Diss., Speyer, Dt. Univ. für Verwaltungswiss., 2021

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen
bleiben vorbehalten.

Copyright © utzverlag GmbH · 2022

ISBN 978-3-8316-4956-3 (gebundenes Buch)
ISBN 978-3-8316-7687-3 (E-Book)

Printed in EU
utzverlag GmbH, München
089-277791-00 · www.utzverlag.de

Inhaltsangabe

Nicht erst, aber insbesondere mit dem Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes sowie durch die rasante technische und in der Folge auch juristische Entwicklung des Informationszeitalters gewinnt der Umgang mit Informationen auch in der Praxis der Polizeiarbeit eine zentrale Bedeutung. Auf Grund der Vielgestalt des polizeilichen Aufgabenbereiches und der hierzu einschlägigen Rechtsvorschriften sind die Polizeibehörden mit zahlreichen und überdies miteinander verschränkten Tatbeständen konfrontiert, nach denen dem/der Bürger/in Zugang zu amtlichen Informationen gewährt werden kann oder muss. Die vorliegende Arbeit stellt neben den Auslegungsgrundlagen alle für Polizeibehörden des Bundes wesentlichen Informationstatbestände einschließlich der entsprechenden datenschutzrechtlichen Vorschriften insbesondere auch für die Praxis dar, kommentiert diese in Bezug zur polizeilichen Arbeit neu und gibt praktische Anwendungshinweise. Einer vertieften wissenschaftlichen Untersuchung wird dabei die im Kontext der Arbeit besonders relevante Doppelfunktionalität der Polizeiarbeit unterzogen: Indem beide Bereiche in der Praxis fließend ineinander übergehen, müssen die Folgen dieser Besonderheit in der behördlichen Aufgabenerfüllung bei der Auslegung des Informationsfreiheitsrechts berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere bezüglich des Anwendungsbereichs der einschlägigen Informationstatbestände, aber auch der Ausnahmetatbestände, die die Grenzen der Informationsfreiheit des/der Bürgers/in determinieren, ferner hinsichtlich der Zuständigkeit der Behörde sowie der polizeilichen Praxis bei der Entscheidung. Besonders beleuchtet wird hierbei, inwiefern die Punkte „zulässige Antragsgegnerschaft“, „zulässiger Antragsgegenstand“ und „Verfügungsbefugnis“ im Spannungsfeld der doppelфункционаlen Tätigkeit von Polizeibehörden – zumal angesichts deren inhaltlicher Wechselwirkung – ein genau zu differenzierendes „polizeiinformatives Prüfungstria“ darstellen. Kern der Arbeit ist hierbei zu einen die Feststellung, dass die Polizei zwar bezüglich repressiver Daten und auch im Sonderfall der Todesermittlungen nach §§ 87 ff. StPO grundsätzlich kein zulässiger Antragsgegner ist, jedoch bei sowohl präventiv-polizeilichen, als auch repressiven Zwecken dienenden „vermischten Datenbeständen“, die vorhandenen amtlichen Informationen ab dem rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens parallel zur Staatsanwaltschaft an den/die Bürger/in übermitteln darf. Hinsichtlich der Grenzen der Informationsfreiheit wird ferner bei den sicherheitsrechtlichen Ausnahmetatbeständen die Bedeutung des vom Bundesverfassungsgericht im BKAG-Urteil geprägten Begriffs der „drohenden Gefahr“ für ein überragend wichtiges Rechtsgut untersucht. Das im Vergleich zu anderen Behörden besonders vielfältige und ineinander übergehende Tätigkeitsspektrum der Polizei führt häufig zu inhaltlich untrennbar „vermischten Datenbeständen“, in deren Kontext als weiterer Schwerpunkt der Arbeit die besondere Bedeutung der Vorschrift des § 7 Abs. 2 Satz 1 Alt. 1 IFG geklärt wird. Abschließend werden im Anhang die zuvor behandelten Informationstatbestände im Rahmen eines Leitfadens für die polizeiliche Praxis übersichtlich und systematisch entsprechend der empfohlenen Prüfungsreihenfolge dargestellt.

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 1: Einleitung	13
A. Forschungsstand	13
I. Rechtsprechung	13
II. Rechtslehre	16
B. Problemstellung	20
C. Thesen	25
D. methodische Überlegungen	30
Abschnitt 2: Das Informationsfreiheitsgesetz	32
A. Auslegungsgrundlagen	32
I. verfassungsrechtliche Grundlagen des Informationsanspruches	32
1. Demokratieprinzip	32
2. Rechtsstaatsprinzip	33
3. Sozialstaatsprinzip	33
4. Grundrecht auf Informationsanspruch?	34
5. einem Informationsanspruch im Einzelfall entgegenstehende Verfassungsvorschriften	37
a) Allgemeines	37
b) „neue“ Grundrechte	39
(1) „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“	39
(2) europäisches „Grundrecht auf Vergessenwerden“	41
II. Historie	44
III. Entstehungsgeschichte	45
IV. kursorische Rechtsvergleichung	47
1. Vereinte Nationen	47
a) allgemeine Regelungen	47
b) „Aarhus“-Konvention	48
2. Europarat	50
a) Art. 10 Europäische Menschenrechtskonvention	50
b) Empfehlung Nr. R (81) 19	50
c) Empfehlung Nr. R (2002) 2	51
3. Europäische Union	53
a) Art. 15 Abs. 3 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Grundrechtecharta	53
b) Transparenzverordnung (EG) Nr. 1049/2001	55
c) Umweltinformationsverordnung (EG) Nr. 1367/2006	58
d) Umweltinformationsrichtlinie 2003/4/EG	59
e) Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679	60
f) Richtlinie (EU) 2016/680	62

4. Länder	63
a) Situation in Bayern.....	63
b) Landesinformationsfreiheitsgesetz Baden-Württemberg.....	66
c) Informationsfreiheitsgesetz Berlin	66
d) Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz Brandenburg	68
e) Informationsfreiheitsgesetz Bremen	69
f) Transparenzgesetz Hamburg	69
g) Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz Hessen	70
h) Informationsfreiheitsgesetz Mecklenburg-Vorpommern.....	71
i) Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen.....	72
j) Landestransparenzgesetz Rheinland-Pfalz.....	74
k) Informationsfreiheitsgesetz Saarland	75
l) Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt	75
m) Informationszugangsgesetz Schleswig-Holstein	76
n) Informationsfreiheitsgesetz Thüringen	77
5. Kommunen.....	78
a) Informationsfreiheitsatzung Prien am Chiemsee.....	80
b) Informationsfreiheitsatzung München.....	81
c) Informationsfreiheitsatzung Göttingen.....	82
d) Informationsfreiheitsatzung Frankfurt am Main	83
e) Informationsfreiheitsatzung Dresden.....	84
f) Informationsfreiheitsatzung Leipzig	84
B. Das Informationsfreiheitsgesetz in Bezug zum Polizeirecht	85
I. Definition des Begriffs der Polizei/Polizeiorganisation.....	86
1. Bundespolizei	86
2. Bundeskriminalamt	87
3. Polizei beim Deutschen Bundestag	87
II. Anspruchsvoraussetzungen § 1 Abs. 1 Satz 1 IFG in Bezug zum Polizeirecht..	87
1. Antrag.....	87
2. Antragsteller/in.....	88
3. Antragsgegner/in	89
a) allgemeine Bestimmung des Begriffs	89
b) Bezug zum Polizeirecht	90
4. Antragsgegenstand	92
a) allgemeine Bestimmung des Begriffs	92
b) Bezug zum Polizeirecht	94
III. Die Grenzen des Informationsfreiheitsanspruches nach §§ 3–6, § 9 Abs. 3 IFG in Bezug zum Polizeirecht.....	96
1. öffentliche Belange	96
a) nachteilige Auswirkungen.....	96
(1) internationale Beziehungen	97

(2) militärische oder sonstige sicherheitsempfindliche Belange der Bundeswehr	100
(3) Belange der inneren und äußeren Sicherheit	101
(4) Kontroll- und Aufsichtsaufgaben der Finanz-, Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden	105
(5) Angelegenheiten der externen Finanzkontrolle	106
(6) Maßnahmen zum Schutz vor unerlaubtem Außenwirtschaftsverkehr	107
(7) Gerichts- und Ermittlungsverfahren	108
(a) allgemeine Bestimmung der Grenze	108
(b) Bezug zum Polizeirecht	109
(c) Anwendungshinweise für die polizeiliche Praxis	109
(d) Durchführung eines laufenden Gerichtsverfahrens	109
(e) Anspruch einer Person auf ein faires Verfahren	111
(f) Durchführung straf- oder ordnungswidrigkeitsrechtlicher Ermittlungen	112
(g) Durchführung disziplinarrechtlicher Ermittlungen	117
b) Gefährdung der öffentlichen Sicherheit	119
c) Beeinträchtigung	124
(1) notwendige Vertraulichkeit internationaler Verhandlungen	124
(2) Beratungen von Behörden	125
d) Geheimhaltungs- oder Vertraulichkeitspflicht bzw. Berufs- oder Amtsgeheimnis	128
(1) Geheimhaltungsvorschriften in Rechtsvorschriften	129
(2) Berufs- oder besonderes Amtsgeheimnis	132
e) vorübergehend beigezogene Informationen	136
f) wirtschaftliche Interessen	137
(1) fiskalische Interessen des Bundes im Wirtschaftsverkehr	137
(2) wirtschaftliche Interessen der Sozialversicherungen	139
g) vertrauliche Informationen	140
h) Bereichsausnahmen	142
(1) Nachrichtendienste	142
(2) Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Bundes in Aufgabenwahrnehmung nach § 10 Nr. 3 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes	144
i) behördlicher Entscheidungsprozess	145
j) Rechtsmissbräuchlichkeit	150
k) Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung	151
l) verfahrensbezogene Ausschlussgründe	152
2. personenbezogene Daten	154
3. geistiges Eigentum sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	163
a) geistiges Eigentum	163
b) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	169
IV. Zuständigkeit, Verfahren, Form, Rechtsschutz und Veröffentlichungspflichten nach §§ 7 ff. IFG in Bezug zum Polizeirecht	174

1. Zuständigkeit.....	174
a) Regelfall der amtlichen Information von Behörden.....	174
b) amtliche Information von Privaten	179
2. Verfahren.....	179
a) Antrag.....	179
b) Beteiligung des/der Dritten	181
c) Entscheidung.....	184
3. Form	190
4. Rechtsschutz.....	191
5. Kosten	193
6. Veröffentlichungspflichten.....	195

Abschnitt 3: Weitere mögliche Informationstatbestände der Bürger/innen gegenüber der Polizei und ihre Grenzen in Bezug zum Polizeirecht 196

A. voraussetzungslose Jedermannsansprüche auf amtliche Informationen	197
I. § 3 Abs. 1 Satz 1 Umweltinformationsgesetz	197
II. § 8a Abs. 1 Satz 1, § 11 Abs. 1 Satz 1 12. Bundesimmissionsschutzverordnung.....	201
III. § 2 Abs. 1 Satz 1 Verbraucherinformationengesetz	202
B. Zugang zu eigenen personenbezogenen Daten.....	206
I. § 57 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz	211
II. § 10 Abs. 3 Antiterrordateigesetz.....	213
III. § 11 Abs. 3 Rechtsextremismus-Datei-Gesetz	214
IV. § 491 Abs. 2 Strafprozessordnung	214
V. § 495 Satz 3 Strafprozessordnung	215
VI. Art. 15 Abs. 1, Abs. 3 Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679.....	216
VII. § 110 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Bundesbeamtenengesetz.....	220
VIII. § 30 Abs. 5 Satz 2, § 31 Abs. 1 Satz 2 Bundeszentralregistergesetz.....	221
IX. ungeschriebener Auskunftstatbestand bezüglich personenbezogener Daten ..	222
C. Zugang zu personenbezogenen Daten auch von Dritten	223
I. § 475 Abs. 4, Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, § 487 Abs. 2 Satz 1 Strafprozessordnung	223
II. § 32 Abs. 4 Bundespolizeigesetz	226
III. § 25 Abs. 3 Bundeskriminalamtgesetz	227
IV. § 14 Abs. 2 der Anlage 6 zur Dienstanweisung für den Polizeivollzugsdienst beim Deutschen Bundestag.....	228
V. § 111 Abs. 2 Satz 1 Bundesbeamtenengesetz	228
VI. § 25 Abs. 2 Satz 1 Bundesdatenschutzgesetz.....	228
D. Spezielle Regelungen zum Zugang zu sonstigen Informationen der Polizei	229
I. § 49 Abs. 1 Satz 1 Ordnungswidrigkeitengesetz	229
II. § 9e Abs. 2 Satz 5 Seeaufgabengesetz	230
III. Auskunftsansprüche nach den Landespressegesetzen.....	230
IV. Auskunft nach § 9a Abs. 1, § 55 Abs. 3 des Rundfunkstaatsvertrages.....	233

V. zivilrechtliche Auskunftsansprüche	233
1. § 242 Bürgerliches Gesetzbuch.....	234
2. § 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 Umwelthaftungsgesetz.....	235
3. § 97 Abs. 6 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.....	236
VI. § 25 Abs. 2 Satz 2, § 29 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz.....	237
VII. ungeschriebener Akteneinsichts- oder Auskunftstatbestand bezüglich Ver- fahrensakten	239
Abschnitt 4: Verhältnis der Informations- und Ausnahmetatbestände zuein- ander	241
A. Verhältnis der Informationstatbestände zueinander	241
I. Grundsatz der verdrängenden Spezialität	241
II. Verhältnis zu einzelnen Informationstatbeständen	243
B. Verhältnis der Ausnahmetatbestände des IFG zueinander	245
Abschnitt 5: Begründung der Thesen und Zusammenfassung	246
A. Begründung der Thesen.....	246
I. Die Polizei als tauglicher Antragsgegner im Sinne des IFG.....	246
II. Der Sonderfall von Todesermittlungen durch die Polizei	253
III. Die bei einer Polizeibehörde vorhandenen Informationen zu einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren als tauglicher Antragsgegenstand im Sinne des IFG	255
IV. Die Verfügungsbefugnis bzw. Zuständigkeit zu bei einer Polizeibehörde vorhandenen Informationen zu einem Straf- oder Ordnungswidrigkeiten- verfahren im Sinne des IFG	264
V. Der Begriff der „drohenden Gefahr“ im IFG	268
VI. Die Anwendung des Begriffs der „drohenden Gefahr“ im IFG.....	274
VII. Die Problematik der inhaltlichen Untrennbarkeit von Informationen nach § 7 Abs. 2 Satz 1 Alt. 1 IFG im Polizeibereich	278
VIII. Lösungsmöglichkeiten im Sinne größtmöglicher Transparenz	281
IX. Die Ausübung von Ermessens- und Abwägungsklauseln im Informations- freiheitsrecht bei inhaltlich untrennbar verbundenen Datenbeständen der Polizei.....	283
B. Zusammenfassung	287
Anhang – Leitfaden für die Praxis –	289
A. Auskunftstatbestände zu eigenen personenbezogenen Daten	290
I. § 57 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz	290
II. § 10 Abs. 3 Antiterrordateigesetz.....	291
III. § 11 Abs. 3 Rechtsextremismus-Datei-Gesetz	291
IV. § 491 Abs. 2 Strafprozessordnung	291

V. § 495 Satz 3 Strafprozessordnung	292
VI. Art. 15 Abs. 1, Abs. 3 Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679.....	292
VII. § 110 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Bundesbeamtengesetz	294
VIII. § 30 Abs. 5 Satz 2, § 31 Abs. 1 Satz 2 Bundeszentralregistergesetz.....	295
IX. ungeschriebener Auskunftstatbestand bezüglich eigener personenbezogener Daten	295
B. Auskunftstatbestände zu personenbezogenen Daten auch von Dritten	296
I. § 475 Abs. 4, Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, § 487 Abs. 2 Satz 1 Strafprozessordnung	296
II. § 32 Abs. 4 Bundespolizeigesetz	297
III. § 25 Abs. 3 Bundeskriminalamtgesetz.....	297
IV. § 14 Abs. 2 der Anlage 6 zur Dienstanweisung für den Polizeivollzugs- dienst beim Deutschen Bundestag.....	298
V. § 111 Abs. 2 Satz 1 Bundesbeamtengesetz	298
C. Auskunftstatbestände zu sonstigen Informationen der Polizei	299
I. § 49 Abs. 1 Satz 1 Ordnungswidrigkeitengesetz	299
II. § 9e Abs. 2 Satz 5 Secaufgabengesetz.....	299
III. zivilrechtliche Auskunftsansprüche	300
1. § 242 Bürgerliches Gesetzbuch.....	300
2. § 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 Umwelthaftungsgesetz.....	300
3. § 97 Abs. 6 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.....	301
D. Auskunftsansprüche der Presse, Rundfunkveranstalter und Telemedien.....	302
I. Auskunftsansprüche nach den Landespressegesetzen	302
II. Auskunft nach § 9a Abs. 1, § 55 Abs. 3 des Rundfunkstaatsvertrages	302
E. Auskunftsansprüche von Jedermann	303
I. Umweltinformationsgesetz	303
II. 12. Bundesimmissionsschutzverordnung	304
III. Verbraucherinformationsgesetz	304
IV. Informationsfreiheitsgesetz.....	306
F. Auskunftstatbestände des Verfahrensbeteiligten	310
I. § 25 Abs. 2 Satz 2, § 29 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz.....	310
II. ungeschriebener Akteneinsichts- oder Auskunftstatbestand bezüglich Ver- fahrensakten	311
 Literaturverzeichnis.....	 313
 Sachregister.....	 325

Abschnitt 1: Einleitung

A. Forschungsstand

Am 01.01.2006 trat auf Bundesebene das Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes, das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Kraft.

In diesem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang ergingen mehrere Aufsätze und Publikationen, die sich ausführlich mit der neuen Rechtslage auseinandersetzten. Es folgten erste gerichtliche Entscheidungen und Dissertationen. Anfang bis Mitte der 2010er-Jahre erreichte die höchstrichterliche Rechtsprechung ihren Höhepunkt und es ergingen zahlreiche, für die weitere Auslegung grundlegende Entscheidungen, die dem Willen des Gesetzgebers nach größtmöglicher Transparenz in der Bundesverwaltung zum Durchbruch verhalfen. In den darauffolgenden Jahren beruhigte sich das Thema nicht nur im Bereich des Legislative wieder und in der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts kann sogar eine gewisse Tendenz hineininterpretiert werden, den Jedermannanspruch auf Informationszugang wieder etwas zurückzudrängen.¹

Relativ dünn ist jedoch die Literatur und auch Rechtsprechung, wenn es gilt, das IFG und seine Grenzen auf die Polizeibehörden des Bundes mit ihren Besonderheiten im Aufgabenbereich anzuwenden. Dies sowie weitere, mit Informationstatbeständen der Bürger/innen gegenüber der Polizei versehene Vorschriften gilt es daher einer genauen wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen. Ziel dieser Arbeit ist daher, insbesondere auch für die polizeiliche Praxis, das Thema zu analysieren und umfassend, aber leicht verständlich aufzubereiten sowie im diesem Zusammenhang polizeispezifische Fragen zu klären.

Hierzu muss sich zunächst ein Überblick über den Forschungsstand verschafft werden:

I. Rechtsprechung

Mit rechtlichen Fragen zum IFG hat sich die obergerichtliche und höchstrichterliche Rechtsprechung bereits diverse Male auseinandergesetzt. Herrschte dort, wie auch in der Verwaltung zunächst noch Unsicherheit und Zurückhaltung, fand der Grundsatz eines Rechtsanspruches auf Information mehr und mehr Anerkennung und Stärkung

Vorbemerkung zu den Fußnoten:

Die zitierten Gerichtsentscheidungen ohne gesonderte Angabe einer Fundstelle sind im Internet frei abrufbar. Die Randnummern bzw. Seitenangabe der ohne gesonderte Angabe einer Fundstelle zitierten Gerichtsentscheidungen beziehen sich auf die frei im Internet abrufbaren Darstellungen (in der Regel vorrangig die amtlichen Veröffentlichungsdatenbanken für das jeweilige Gericht, anschließend openJur und nachrangig ähnliche Internetplattformen für Gerichtsentscheidungen).

¹ BVerwG, Urt. v. 15.12.2020 – 10 C 24.19, Rn. 21; BVerwG, Urt. v. 17.06.2020 – 10 C 16.19, Rn. 12 f. mit ablehnender Anmerkung Schoch, NVwZ 2020, 1680, 1683.

durch die inzwischen umfangreiche höchstrichterliche Rechtsprechung insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts.²

An verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung zum Informationsanspruch im Bereich des Polizeirechtes gibt es jedoch immer noch wenig Material und dies insbesondere zu den Informationsfreiheitsgesetzen auf Länderebene, was insoweit verständlich ist, da das Polizeiwesen grundsätzlich Ländersache ist. Hierzu ein Überblick:

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf entschied mit Urteil vom 20.03.2009 – 26 K 118/08, dass die Polizeibehörde im Bereich der Strafverfolgung nicht in den Anwendungsbereich des IFG-NRW falle, da sie nach § 152 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) als Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft gem. § 2 Abs. 2 Satz 1 IFG-NRW eine Behörde der Staatsanwaltschaft sei.

Das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen beschäftigte sich im Urteil vom 07.10.2010 – 8 A 875/09 mit dem Begriff der Polizei als Behörde im Sinne des IFG-NRW sowie der Frage nach dem Anspruch auf Informationen im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz. Dabei kam es zum Ergebnis, dass die Polizei zu den Behörden der Staatsanwaltschaft gem. § 2 Abs. 2 Satz 1 IFG-NRW zähle, wenn sie repressiv und nicht lediglich präventiv tätig werde. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass dieses Urteil auf die besonderen Regelungen des IFG-NRW abstellt und sich nicht ohne Weiteres auf das IFG des Bundes übertragen lässt.

Das Verwaltungsgericht Neustadt (Weinstraße) entschied im Urteil vom 11.05.2011 – 4 K 108/11.NW, dass die Polizei Behörde im Sinne des IFG-RP a. F. sei, jedoch nach der landesrechtlichen Regelung kein Anspruch auf Auskunft über die Kosten eines Polizeieinsatzes zur Auffindung und Festnahme eines Straftäters bestehe. Auch hier war die Begründung, dass die Polizei bei repressiven Handlungen gem. § 2 Abs. 4 IFG-RP a. F.³ eine Strafverfolgungsbehörde sei, hinsichtlich der ein Auskunftsanspruch nur bei Verwaltungstätigkeiten, also im Präventivbereich, bestehe. Auch dieses Urteil stellt jedoch auf die besonderen Formulierungen im IFG-RP a. F. (insbesondere „Strafverfolgungsbehörde“ in § 2 Abs. 4 IFG-RP a. F.) ab und kann daher ebenfalls nicht ohne Weiteres auf das IFG des Bundes angewendet werden.

Im Beschluss des Verwaltungsgerichtes Köln vom 13.09.2012 – 13 L 1121/12 stellte sich die Frage, ob ein Journalist im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes von der Polizei eine Ton-Kopie oder hilfsweise eine Abschrift einer Notrufaufzeichnung verlangen könne. Neben dem IFG-NRW prüfte das Gericht hierbei auch das landesrecht-

² Vgl. Nolte, NVwZ 2018, 521, 521; Greve, NVwZ 2014, 275, 276.

³ Vgl. nunmehr § 3 Abs. 4 LTranspG-RP, der ebenfalls die Strafverfolgungsbehörden vom Anwendungsbereich ausnimmt, soweit sie nicht Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen.

liche Pressegesetz. In dieser Entscheidung wurde unter anderem geklärt, wann die Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit in Form der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft einem Auskunftsanspruch entgegensteht.

Auch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg musste im Beschluss vom 20.12.2012 – OVG 6 S 44.12 im Rahmen einer Eilentscheidung darüber befinden, ob die Polizei einem Journalisten Auskünfte, diesmal nach den Orten und Rechtsgrundlagen von Kontrollen der Polizei nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin, zu erteilen sei. Im Fokus dieser Entscheidung stand die Frage, ob eine unzulässige Vorwegnahme der Hauptsache vorlag. Dies war nach Ansicht des Gerichtes der Fall, da die in Rede stehende Thematik der Kriminalitätsprävention und -bekämpfung im öffentlichen Raum keinen solchen Aktualitätsbezug aufwies, der eine sofortige, tagesaktuelle Berichterstattung erforderte.

Das Verwaltungsgericht Köln urteilte am 04.07.2013 – 13 K 5751/12, dass der Bereich der Verfolgung von Straftaten nicht in den Anwendungsbereich des IFG-NRW falle. Dies gelte insbesondere, wenn die Polizei gem. § 152 Abs. 1 VVG als Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft tätig werde, nicht jedoch im präventiv-polizeilichen Bereich. Aufzeichnungen eines Notrufes, die zu Strafverfolgungszwecken aufbewahrt werden, können daher nicht herausverlangt werden.

Mit Beschluss vom 19.08.2014 – 7 B 12.14 wies das Bundesverwaltungsgericht eine Beschwerde gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 16.01.2014 – OVG 12 B 31.11 zum IFG-Berlin-Brandenburg zurück, nach dem eine Stellungnahme eines/r Polizeibeamten/in in einem gegen ihn/sie gerichteten Disziplinarverfahren nur dann zum Personalaktengeheimnis gehöre, wenn die Dienstaufsichtsbeschwerde (als Basis des Disziplinarverfahrens) begründet ist. Dies gilt allerdings nicht, und die Auskunft ist zu erteilen, wenn die Disziplinarbehörde eine offensichtlich unbegründete Dienstaufsichtsbeschwerde rechtlich fehlerhaft als begründet bewertet.

Das Bundesverwaltungsgericht beschäftigte sich im Beschluss vom 01.12.2015 – 20 F 9.15, inwieweit der Schutz personenbezogener Daten den Auskunftsanspruch zu einer polizeilichen Einsatzmeldung über die Angaben eines Informanten beschränkt und wie hiermit im Rahmen des Zwischenverfahrens nach § 99 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) umzugehen sei.

Im Urteil vom 27.10.2016 – 14 K 3933/14 entschied das Verwaltungsgericht Stuttgart, dass die Dokumentation eines Polizeieinsatzes, der nicht dem Schutz der Umwelt, sondern des sicheren Bahnbetriebs diene, keine Umweltinformation gem. § 2 Abs. 3 des Umweltinformationsgesetzes (UIG) darstellt. Dies gelte auch für eine polizeiliche Unterbindung von Lärm, wenn sich dieser nicht auf Umweltbestandteile auswirke so wie den bei einem polizeilichen Einsatz verursachten Lärm.

Ebenfalls am 27.10.2016 erließ das Verwaltungsgericht Stuttgart unter dem Aktenzeichen 14 K 4920/16 ein Urteil zur Anwendbarkeit des Umweltinformationsrechts auf polizeiliche Unterlagen. Hierin kam es zum Ergebnis, dass polizeiliche Rahmenbefehle und Gefährdungslagebilder keine Umweltinformationen nach dem Umweltverwaltungsgesetz Baden-Württemberg darstellen, da diese keinen Umweltbezug aufweisen bzw. sich nicht auf Umweltbestandteile auswirken können.

II. Rechtslehre

Über das IFG allgemein wurde auch in der Rechtslehre bereits umfangreich geforscht:

Neben einigen Kommentaren von Sven Berger / Christoph Patsch / Jürgen Roth / Christopher Scheel, Jürgen Fluck / Andreas Theuer, Serge-Daniel Jastrow / Arne Schlatmann, Matthias Rossi und Friedrich Schoch wurden zur Informationsfreiheit insbesondere die Lehrbücher von Matthias Rossi, Informationszugangsfreiheit und Verfassungsrecht, Berlin 2004 sowie Robert Matthes, Das IFG – Eine praktische Erläuterung, Berlin 2006 veröffentlicht.

Das Informationsfreiheitsrecht ist ferner Gegenstand zahlreicher Aufsätze insbesondere nach Verabschiedung des IFG des Bundes.

Grundlegend sind hier aus den Anfangsjahren des IFG die Beiträge von Philipp Wendt, Abschied vom Amtsgeheimnis, in: Anwaltsblatt 2005, S. 702; Heribert Schmitz / Serge-Daniel Jastrow, Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2005, S. 984; Michael Kloepfer / Kai von Lewinski, Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG), in: Deutsches Verwaltungsblatt 2005, S. 1277; Dieter Kugelmann, Das IFG des Bundes, in: Neue Juristische Wochenzeitschrift 2005, S. 3609; Christian Mensching, Das IFG des Bundes, in: Verwaltungsrundschau 2006, S. 1 und Horst Hopf, Das neue IFG des Bundes, in: Recht im Amt 2006, S. 1.

Wichtig im Kontext der Arbeit sind auch die Aufsätze von Hans-Heinrich Trute, Der Schutz personenbezogener Informationen in der Informationsgesellschaft, in: Juristenzeitung 1998, S. 822 und Das Polizei- und Ordnungsrecht im Spiegel der Rechtsprechung, in: Die Verwaltung 1999, S. 73; Rainer Pitschas, Das Informationsverwaltungsrecht im Spiegel der Rechtsprechung, in: Die Verwaltung 2000, S. 111 und „Sicherheitspartnerschaften“ von Polizei und Datenschutz, in: Deutsches Verwaltungsblatt 2000, S. 1805; Ralf Poscher, Eingriffsschwellen im Recht der inneren Sicherheit, in: Die Verwaltung 2008, S. 345; Robert Käß, Die Befugnis zum verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme im bayerischen Polizeiaufgabengesetz, in: Bayerische Verwaltungsblätter 2010, S. 1; Michael Kloepfer / Holger Greve, Das IFG und der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2011, S. 577; Boas Kümper / Antje Wittmann, Voraussetzung und Grenzen der aktiven behördlichen Verbreitung von Umweltinformationen gem. § 10 UIG, in:

Literaturverzeichnis

- Auernhammer, Herbert Kommentar Datenschutzgrundverordnung / Bundesdatenschutzgesetz und Nebengesetze, 7. Auflage, Köln 2020.
- Berger, Sven /
Partsch, Christoph /
Roth, Jürgen /
Scheel, Christopher Kommentar Informationsfreiheitsgesetz, 2. Auflage, Köln 2013.
- Berner, Georg /
Köhler, Michael Gerd Kommentar Polizeiaufgabengesetz, 20. Auflage, Heidelberg/München/Landsberg/Berlin 2010.
- Boehme-Neßler, Volker Das Recht auf Vergessenwerden. Ein neues Internet-Grundrecht im Europäischen Recht, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 13/2014, S. 825.
- Bohlen, Marc Der zivilrechtliche Auskunftsanspruch bei der Bekämpfung von Hass im Internet, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 28/2020, S. 1999.
- Botta, Jonas Die Datenverkehrsfreiheit – Ein Beitrag zur Schutzgutdebatte im Datenschutzrecht, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 5/2021, S. 290.
- Bretthauer, Sebastian Schutz der Forschungsfreiheit nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 18/2012, S. 1144.
- Brodmerkel, Stefan Kommunale Informationsfreiheitssatzungen – rechtliche Grenzen eines politischen Trends, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 18/2016, S. 621.
- Büschemann, Karl-Heinz Der Transparenz-Wahn, in: Süddeutsche Zeitung vom 22./23.10.2016, S. 24.
- Correll, Cathrin Anmerkung zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 26.04.2018 – OG 12 B 6.17, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 15/2018, S. 1152.

- Deutschmann, Eric Zur systemtheoretischen Deutung des polizeirechtlichen Gefahrenbegriffs. Konkrete Gefahr und ihr Vorfeld im Licht der Bedrohung durch Terrorismus, Dissertation Speyer 2019.
- Epiney, Astrid Kommentierung UN/ECE-Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, in: Fluck, Jürgen / Fischer, Kristian / Martini, Mario, Kommentar Informationsfreiheitsrecht mit Umweltinformations-, Verbraucherinformations- und Informationsweiterverwendungsrecht, Band 2, Ziff. F II.1, Loseblattsammlung, Heidelberg, Stand: 39. Lieferung, August 2020.
- Epiney, Astrid Kommentierung VO (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang zu öffentlichen Dokumenten des Europäischen Parlamentes, des Rates und der Kommission in Umweltangelegenheiten, in Fluck, Jürgen / Fischer, Kristian / Martini, Mario, Kommentar Informationsfreiheitsrecht mit Umweltinformations-, Verbraucherinformations- und Informationsweiterverwendungsrecht, Band 2, Ziff. D III 2.2, Loseblattsammlung, Heidelberg, Stand: 39. Lieferung, August 2020.
- Fischer, Thomas Kommentar Strafgesetzbuch, 67. Auflage, München 2020.
- Fluck, Jürgen /
Fischer, Kristian /
Martini, Mario Kommentar Informationsfreiheitsgesetz mit Umweltinformations-, Verbraucherinformations- und Informationsweiterverwendungsrecht, Band 1, Loseblattsammlung, Heidelberg Stand: 39. Lieferung, August 2020.
- Freimuth, Christoph Anmerkung zum Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes Bayern vom 27.02.2017 – 4 N 16.461, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 14/2017, S. 482.
- Frenz, Walter Anmerkung: Enge Grenzen der Vorratsdatenspeicherung und Folgen für eine erweiterte Corona-Warnapp, zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 06.10.2020 – C-511/18, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 3/2021, S. 172.

- Gärditz, Klaus Ferdinand Parlamentarische Untersuchungsausschüsse als informativspflichtige Stellen?, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 17/2015, S. 1161.
- Göhler, Erich Kommentar Ordnungswidrigkeitengesetz, 18. Auflage, München 2021.
- Greve, Holger Die Änderung der BHO: Eingeschränkter Informationszugang gegenüber dem Bundesrechnungshof unter Aufgabe der Regelungssystematik des IFG?, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 5/2014, S. 275.
- Griebel, Jörn /
Schäfer, Christian Terrorprävention im nordrhein-westfälischen Landespolizeirecht. Unklarheiten und Wertungswidersprüche im Sicherheitspaket I, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 8/2020, S. 511.
- Hannich, Rolf Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, 8. Auflage, München 2019.
- Hans, Julian Vergehen von Polizisten. Nur Transparenz hilft, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.11.2020, Regionalteil München, S. R1.
- Huber, Bertold Anmerkung zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 19.06.2018 – C-15/16, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 18/2018, S. 1386.
- Huber, Bertold Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 17.03.2016 – 7 C 2.15, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 14/2016, S. 1014.
- Hufen, Friedhelm Staatsrecht II, 8. Auflage, München 2020.
- Hoffmann-Riem,
Wolfgang Der Umgang mit Wissen bei der digitalisierten Rechtsanwendung, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Heft 1/2020, S. 1.
- Hofmann, Andreas Anmerkung zum Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 13.11.2020 – 20 F 5.20, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 6/2021, S. 415.

- Hofmann, Andreas Anmerkung zum Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 26.05.2020 – 10 B 1.20, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 18/2020, S. 1363.
- Hofmann, Andreas Anmerkung zum Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 05.03.2020 – 20 F 3.19, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 10/2020, S. 715.
- Hofmann, Andreas Anmerkung zum Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.09.2019 – 20 F 4.18, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 1-2/2020, S. 78.
- Hofmann, Andreas Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 13.12.2018 – 7 C 19.17, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 11/2019, S. 807.
- Hofmann, Andreas Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.03.2018 – 7 C 30.15, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 18/2018, S. 1401.
- Holzner, Thomas Die drohende Gefahr. Neue Gefahrenkategorie oder verfassungswidrige Vorverlagerung von Eingriffsbefugnissen, in: Die Öffentliche Verwaltung, Heft 22/2018, S. 946.
- Hong, Mathias Das Recht auf Informationszugang nach dem Informationsfreiheitsgesetz als Recht zur Mobilisierung der demokratischen Freiheit, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Heft 14/2016, S. 953.
- Janisch, Wolfgang Informationsfreiheit geht vor „Recht auf Vergessen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 28.11.2019, S. 1.
- Janisch, Wolfgang Recht auf Erinnern, in: Süddeutsche Zeitung vom 28.11.2019, S. 4.
- Jastrow, Serge-Daniel / Schlatmann, Arne Kommentar Informationsfreiheitsgesetz, Heidelberg/München/Landsberg/Berlin 2006.
- Käß, Robert Die Befugnis zum verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme im bayerischen Polizeiaufgabengesetz, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 1/2010, S. 1.

- Kießling, Andrea Gefahraufklärungsbefugnisse in der Polizeirechtsdogmatik – Überlegungen anlässlich des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum BKAG, in: Verwaltungsarchiv, Heft 2/2017, S. 282.
- Kindler, Lars Anmerkung zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 27.07.2015 – 1 BvR 1452/13, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 1–2/2016, S. 50.
- Kloepfer, Michael / Greve, Holger Das Informationsfreiheitsgesetz und der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 10/2011, S. 577.
- Kloepfer, Michael / von Lewinski, Kai Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG), in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 20/2005, S. 1277.
- Kment, Martin Anmerkung zum Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 06.07.2020 – 2 ME 246/20, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 21/2020, S. 1606.
- Kopp, Ferdinand Otto / Ramsauer, Ulrich Kommentar Verwaltungsverfahrensgesetz, 26. Auflage, München 2020.
- Kühling, Jürgen / Buchner, Benedikt Kommentar Datenschutz-Grundverordnung – Bundesdatenschutzgesetz, 3. Auflage, München 2020.
- Kugelman, Dieter Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 50/2005, S. 3609.
- Leidinger, Tobias Informationsinteresse der Öffentlichkeit versus staatliches Geheimhaltungsinteresse im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren und vor Gericht, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 5/2019, S. 270.
- Leisner-Egensperger, Anna Polizeirecht im Umbruch: Die drohende Gefahr, in: Die öffentliche Verwaltung, Heft 17/2018, S. 677.
- von Lewinski, Kai / Habel, Dominic Prüfungsarchive der Schulverwaltungen. Informationszugang und dessen urheberrechtliche Grenzen nach dem neuen UrhWissG, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 24/2018, S. 833.

- Louis, Hans Walter Die deutschen Umweltinformationsgesetze zehn Jahre nach der Umsetzung der Aarhus-Konvention durch die Richtlinie 2003/4/EG, in: *Natur und Recht*, Heft 2/2013, S. 77.
- Martini, Mario Wie neugierig darf der Staat im Cyberspace sein? Social Media Monitoring öffentlicher Stellen – Chancen und Grenzen, in: *Verwaltungsarchiv*, Heft 3/2016, S. 307.
- Martini, Mario / Wagner, David / Wenzel, Michael Das neue Sanktionsregime der DSGVO – ein scharfes Schwert ohne legislativen Feinschliff, in: *Verwaltungsarchiv*, Heft 2/2018, S. 163 (Teil 1) und S. 296 (Teil 2).
- Mast, Tobias Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28.07.2016 – 7 C 3.15, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, Heft 24/2016, S. 1820.
- Mast, Tobias Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 15.06.2016 – 6 A 7.14, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, Heft 20/2016, S. 1487.
- Maunz, Theodor / Dürig, Günter Kommentar Grundgesetz, Band 1, Loseblattsammlung, München, Stand: 90. Lieferung, Juni 2020.
- Maurer, Hartmut Staatsrecht I, 6. Auflage, München 2010.
- Meyer-Goßner, Lutz / Schmitt, Bertram Kommentar Strafprozessordnung, 63. Auflage, München 2020.
- Möstl, Markus Rechtsstaatlicher Rahmen der Terrorabwehr – eine Stellungnahme zum Stand der Diskussion um Gefahr, Gefahrenvorfeld und drohende Gefahr, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, Heft 3/2020, S. 160.
- Möstl, Markus Polizeibefugnisse bei drohender Gefahr. Überlegungen zu Reichweite und Verfassungsmäßigkeit des neuen Art. 11 Abs. 3 PAG, in: *Bayerische Verwaltungsblätter*, Heft 5/2018, S. 156.
- Nolte, Rüdiger Die Gewährleistung des Zugangs zu Daten der Exekutive durch das Grundrecht der Informationsfreiheit, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, Heft 8/2018, S. 521.

Osel, Johann	Grüne wollen öffentliche Debatte zu Disziplinarverfahren in der Polizei, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.09.2020, Regionalteil München, S. R9.
Palandt, Otto	Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch, 79. Auflage, München 2020.
Petri, Thomas / Haag, Peter	Gemeinderatssitzungen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts und öffentlichem Interesse am Informationszugang, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 6/2014, S. 161.
Pitschas, Rainer	„Sicherheitspartnerschaften“ der Polizei und Datenschutz, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 24/2000, S. 1805.
Pitschas, Rainer	Das Informationsverwaltungsrecht im Spiegel der Rechtsprechung, in: Die Verwaltung, Heft 1/2000, S. 111.
Pitschas, Rainer	Allgemeines Verwaltungsrecht als Teil der öffentlichen Informationsordnung, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang / Schmidt-Aßmann, Eberhard / Schuppert, Gunnar, Reform des allgemeinen Verwaltungsrechts, Band 1, Baden-Baden 1993.
Pitschas, Rainer	Verwaltungsverantwortung und Verwaltungsverfahren, München 1990.
Poscher, Ralf	Eingriffsschwellen im Recht der inneren Sicherheit, in: Die Verwaltung, Heft 3/2008, S. 345.
Poscher, Ralf / Buchheim, Johannes	Staatsaufsicht und Datenschutz – Ein letzter weißer Fleck auf der datenschutzrechtlichen Landkarte?, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 20/2015, S. 1273.
Richter, Heiko	Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29.06.2016 – 7 C 32.15, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 21/2016, S. 1566.
Rossi, Matthias	Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10.04.2019 – 7 C 22.18, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 24/2019, S. 1840.

- Rossi, Matthias Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28.02.2019 – 7 C 23.17, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 13/2019, S. 978.
- Rossi, Matthias Kommentar Informationsfreiheitsgesetz, Baden-Baden 2006.
- Rossi, Matthias Staatliche Daten als Informationsrohstoff, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 19/2013, S. 1263.
- Rottenwallner, Thomas Das Recht auf Auskunft im neuen Art. 36 des Bayerischen Datenschutzgesetzes – eine harte Probe für die Liberalitas Bavarica, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 9/2017, S. 289.
- Scherzberg, Arno Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Informationszugangs, in: Fluck, Jürgen / Fischer, Kristian / Martini, Mario, Kommentar Informationsfreiheitsrecht mit Umweltinformations-, Verbraucherinformations- und Informationsweiterverwendungsrecht, Band 1, Loseblattsammlung, Heidelberg, Stand: 39. Lieferung, August 2020.
- Schmidbauer, Wilhelm / Steiner, Udo Kommentar Polizeiaufgabengesetz – Polizeiorganisationsgesetz, 5. Auflage, München 2020.
- Schmitz, Heribert / Jastrow, Serge-Daniel Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 9/2005, S. 984.
- Schnabel, Christoph Die Presse darf alles fragen, aber müssen Behörden auch alles sagen? – Art. 4 BayPresseG in der Rechtsprechung, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 4/2016, S. 114.
- Schnabel, Christoph Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25.06.2015 – 7 C 1.14, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 22/2015, S. 1608.
- Schoch, Friedrich Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17.06.2020 – 10 C 16.19, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 22/2020, S. 1680.

- Schoch, Friedrich Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28.02.2019 – 7 C 20.17, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 14/2019, S. 1050.
- Schoch, Friedrich Rechtsprechungsentwicklung. Das IFG-Verwaltungsverfahren, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 5/2019, S. 257.
- Schoch, Friedrich Rechtsprechungsentwicklung. Das IFG des Bundes in der Rechtsprechungspraxis, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 3/2017, S. 97.
- Schoch, Friedrich Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25.02.2016 – 7 C 18.14, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 13/2016, S. 940.
- Schoch, Friedrich Kommentar Informationsfreiheitsgesetz, 2. Auflage, München 2016.
- Schoch, Friedrich Die Vorbereitung von Sekundärrechtsschutz durch Informationszugangsansprüche gegen den Staat, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 16/2015, S. 1111.
- Schoch, Friedrich Informationszugang im parlamentarischen Bereich, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 1–2/2015, S. 1.
- Schoch, Friedrich Rechtsprechungsentwicklung, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 16/2013, S. 1033.
- Scholz, Rupert / Pitschas, Rainer Informationelle Selbstbestimmung und staatliche Informationsverantwortung, Berlin 1984.
- Schrader, Christian Anmerkung zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 29.03.2019 – OVG 12 B 13/18, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 18/2019, S. 1372.
- Schrader, Christian Kommunale Satzungen zum freien Zugang zu Informationen, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 10/2012, S. 289.

- Sitsen, Michael Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, Hamburg 2009.
- Sydow, Gernot Vorwirkung von Ansprüchen auf datenschutzrechtliche Auskunft und Informationszugang, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 8/2013, S. 467.
- Tege, Claudia Kommentierung Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen, in: Fluck, Jürgen / Fischer, Kristian / Martini, Mario, Kommentar Informationsfreiheitsrecht mit Umweltinformations-, Verbraucherinformations- und Informationsweiterverwendungsrecht, Band 2, Ziff. C X.1.1, Loseblattsammlung, Heidelberg, Stand: 39. Lieferung, August 2020.
- Troidl, Thomas Informationszugang und Akteneinsicht: Gesetzliche Grundlagen, aktuelle Rechtsprechung und praktische Hinweise für Behörden, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 17/2015, S. 581.
- Trute, Hans-Heinrich Das Polizei- und Ordnungsrecht im Spiegel der Rechtsprechung, in: Die Verwaltung, Heft 1/1999, S. 73.
- Trute, Hans-Heinrich Der Schutz personenbezogener Informationen in der Informationsgesellschaft, in: Juristenzeitung, Heft 17/1998, S. 822.
- Unterreitmeier, Johannes Anmerkung zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 10.11.2020 – 1 BvR 3214/15, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 6/2021, S. 193.
- Weichert, Thilo Archivrecht und Datenschutz – heute und morgen, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 1/2020, S. 19.
- Weinrich, Maximilian Die Novellierung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes – Drohende Gefahr für die Verfassung in Bayern?, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 22/2018, S. 1680.
- Werner, Rüdiger Auskunftsansprüche der Öffentlichkeit gegenüber Aktiengesellschaften unter Beteiligung der öffentlichen Hand, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 7/2019, S. 449.

- Wiebe, Gerhard Der Geschäftsgeheimnisschutz im Informationsfreiheitsrecht, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 23/2019, S. 1705.
- Will, Michael Kodifikation des allgemeinen Auskunftsrechts im Bayerischen Datenschutzgesetz, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 18/2016, S. 613.
- Wirtz, Sonja / Brink, Stefan Die verfassungsrechtliche Verankerung der Informationszugangsfreiheit, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 17/2015, S. 1165.
- Wolff, Heinrich Amadeus Die datenschutzrechtliche Rechtfertigungsbedürftigkeit der Verweise auf Webseiten durch Betreiber von Suchmaschinen, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 1/2015, S. 9.
- Wustmann, Ulrich Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation – Verbraucherinformationsgesetz (VIG) – Rechtsprechungsübersicht, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Heft 6/2015, S. 181.

Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

- Band 853: Caroline Rohling: **§ 33g GWB – Die Offenlegung von Beweismitteln im Kartellschadensersatzprozess**
2022 · 328 Seiten · ISBN 978-3-8316-4960-0
- Band 852: Thomas Pallien: **Die Private Company Limited by Shares als Rechtsform für ausländische Direktinvestitionen in Indien** · Darstellung und Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen
2022 · 296 Seiten · ISBN 978-3-8316-4957-0
- Band 851: Simon Untergruber: **Grenzen der Informationsfreiheit des Bürgers nach dem Informationsfreiheitsrecht im Polizeirecht**
2022 · 332 Seiten · ISBN 978-3-8316-4956-3
- Band 850: Stephan Borries: **Kollektive Informationspflichten und das individuelle Informationsrecht des Kommanditisten** · Eine rechtsdogmatische Untersuchung aus Anlass der Reform des Personengesellschaftsrechts durch das MoPeG
2022 · 422 Seiten · ISBN 978-3-8316-4952-5
- Band 849: Johannes Pfeiffer: **Das zwangsweise Entfernen eines Gesellschafters aus der GmbH** · Die Zwangseinziehung von Geschäftsanteilen sowie die statutarische Abtretungsverpflichtung und der Ausschluss ohne Satzungsregelung als Alternativen zur Zwangseinziehung
2022 · 244 Seiten · ISBN 978-3-8316-4863-4
- Band 848: Philippe Bhering: **Grenzbeschlagnahme und Piraterie in Deutschland und Brasilien unter Berücksichtigung des Transits von Markenwaren**
2021 · 268 Seiten · ISBN 978-3-8316-4927-3
- Band 847: Larinca Ritschl: **Die Reichweite der analogen Anwendung des § 47 Abs. 4 Satz 2 Alt. 1 GmbHG bei der Beteiligung eines GmbH-Gesellschafters an dem Vertragspartner der GmbH**
2021 · 232 Seiten · ISBN 978-3-8316-4921-1
- Band 846: Konrad Hildebrand: **Der Schutz des Beschuldigten bei Medienauskünften von Staatsanwaltschaften im Ermittlungsverfahren**
2021 · 216 Seiten · ISBN 978-3-8316-4904-4
- Band 845: Caroline Beyersdorf: **Mediale Öffentlichkeit als Strafzumessungskriterium** · Zugleich eine Untersuchung der empirischen und rechtlichen Befunde von Medienöffentlichkeit im Strafverfahren
2021 · 180 Seiten · ISBN 978-3-8316-4905-1
- Band 844: Dominik Forstner: **Das US-amerikanische Tarifvertragsrecht aus der Perspektive der Luftfahrt**
2021 · 340 Seiten · ISBN 978-3-8316-4900-6
- Band 843: Michael Richter: **Spielräume für die Landesgesetzgebung und sonstige Maßnahmen der Landes- und Kommunalpolitik im Kreislaufwirtschaftsrecht** · Gegenstände, Handlungsarenen und verfassungsrechtlicher Rahmen
2021 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-4901-3
- Band 842: Nanette von Tucher: **Der Mord an Kurt Eisner durch Anton Graf von Arco auf Valley**
2021 · 496 Seiten · ISBN 978-3-8316-4877-1
- Band 841: Marcin Rodek: **Patente im Chemiebereich – Motor oder Bremse der Innovation?**
2021 · 372 Seiten · ISBN 978-3-8316-4867-2

- Band 840: René Wünschmann: **Qualitätsmanagement in der akutstationären Versorgung von gesetzlich Krankenversicherten**
2020 · 222 Seiten · ISBN 978-3-8316-4829-0
- Band 839: Dominik Angstwurm: **Kreativität vs. Urheberrecht im digitalen Bereich** · Chancen und Grenzen vorhandener Selbstregulierungsansätze
2019 · 290 Seiten · ISBN 978-3-8316-4808-5
- Band 838: Karolina Vogel: **Die EUNAVFOR MED Operation Sophia zur Bekämpfung des Migrantenschmuggels auf Hoher See im Mittelmeer** · Eine rechtliche Einordnung auf drei Ebenen
2019 · 282 Seiten · ISBN 978-3-8316-4784-2
- Band 837: Ines Marin: **Sonderverjährungstatbestände für Gewährleistungsrechte im Kauf- und Werkvertragsrecht** · Eine exemplarische Problemanalyse der Verjährung der Gewährleistungsrechte bei mangelhaften Photovoltaikanlagen unter besonderer Berücksichtigung der obergerichtlichen und höchstrichterlichen Rechtsprechung seit 2012
2019 · 538 Seiten · ISBN 978-3-8316-4779-8
- Band 836: Chuan-Ching Liu: **Die hypothetische Einwilligung im Arztstrafrecht**
2019 · 314 Seiten · ISBN 978-3-8316-4772-9
- Band 835: Stephanie Fay: **Die Novellierung des Sanktionensystems im Lauterkeitsrecht** · Entwicklungsperspektiven für ein einheitliches Verbraucherschutzniveau nach den Vorgaben der UGP-Richtlinie
2019 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4770-5
- Band 834: Corinna Göggerle: **Fremdrechtsanwendung bei der Behandlung von EU/EWR-Auslandsgesellschaften sowie der Societas Europaea nach deutschem Strafrecht**
2019 · 260 Seiten · ISBN 978-3-8316-4765-1
- Band 833: Raoul Müller: **Im Zweifel für den Fiskus** · Eine kritische Betrachtung des Umgangs der Strafverfolgungspraxis mit dem Straftatbestand der Steuerhinterziehung bei Umsatzsteuerkarussellen im Lichte des Bestimmtheitsgebots gemäß Art.103 Abs. 2 GG
2019 · 306 Seiten · ISBN 978-3-8316-4764-4
- Band 832: Benedikt A. Groh: **Entwicklung eines Rechtsrahmens zum Betrieb ziviler unbemannter Fluggeräte** · Eine rechtsvergleichende Analyse des bestehenden nationalen Rechtsrahmens mit dem Rechtsrahmen der Vereinigten Staaten von Amerika
2019 · 218 Seiten · ISBN 978-3-8316-4763-7
- Band 831: Enno Schley: **Das lauterkeitsrechtliche Trennungsgebot im Internet**
2018 · 236 Seiten · ISBN 978-3-8316-4753-8
- Band 830: Charlotte Lauser: **Die Bindung der Verfassungsorgane an den Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit**
2018 · 284 Seiten · ISBN 978-3-8316-4739-2
- Band 829: Fabian Patrick Philipp Roth: **Die Haftung der Vorstände der Krankenkassen, der Krankenkassenverbände und der Kassenärztlichen Vereinigungen**
2018 · 270 Seiten · ISBN 978-3-8316-4712-5
- Band 828: Vincent Burgert: **Die genetische Beratung im Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung und Drittinteressen** · Zugleich eine aktuelle Untersuchung zur ärztlichen Schweigepflicht im Bereich der Humangenetik
2018 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4693-7

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
utzverlag GmbH, München
089-277791-00 · info@utzverlag.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: www.utzverlag.de